

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

In Berlin spitzten sich die Kämpfe zwischen dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates und dem Rat der Volksbeauftragten immer mehr zu. Die Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, wollte als oberste Behörde gelten; der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates machte sich dagegen die gleichen Rechte an. Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich auch hinsichtlich der Einberufung einer verfassunggebenden Reichsversammlung. Die Berliner Regierung wünschte diese und wollte ihren Zusammentritt rasch ermöglichen, doch erhoben sich auch Stimmen, die davon nichts wissen wollten.

Das Beispiel der Hauptstadt stiftete Verwirrung im ganzen Reich. Lebensmittelmagazine wurden ausgeraubt, Verpflegungszüge für das Feldheer geplündert, Lazarettzüge und Gefangenentransporte rücksichtslos verlassen. Eine Räuberbande ließ sich auf dem Schlesiischen Bahnhof in Berlin als „Sicherheitswache“ nieder, plünderte Züge aus und raubte insbesondere aus einem Zuge rumänisches Gold, das sie auf Lastwagen fortzuschaffen wollte. Im letzten Augenblick gelang es einer wirklichen Sicherheitswache, die Räuber festzunehmen.

Die Reichsregierung forderte immer zur Ordnung und Unterdrückung von Unregelmäßigkeiten auf; sie konnte aber nicht verhindern, daß Berliner Radikale unentwegt bemüht blieben, russische Zustände auch in Deutschland einzuführen. Man wollte gar keine verfassunggebende Versammlung mehr, sondern beabsichtigte, sofort an die Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens zu gehen. Die Arbeiter- und Soldatenräte erstrebten den Zusammenschluß im ganzen Reich mit der Absicht, die Führung der Reichsgeschäfte völlig an sich zu reißen und Deutschland der Diktatur einer einzigen Klasse auszuliefern. Die Spartakusleute, die deutschen Bolschewisten, wollten nicht einmal den Frieden für Deutschland, sondern an der Seite der russischen Bolschewisten den Kampf gegen die Westmächte forsetzen, mit deren „kapitalistischen Regierungen“ sie überhaupt keinen Frieden schließen wollten. Die Bolschewistengruppe verfügte über eine kleine Anhängerzahl, aber über sehr reichliche Geldmittel. Diese stammten von den russischen Bolschewisten, deren Berliner Vertreter Joffe bis zu seiner Ausweisung zu Beginn der Revolutionswoche nicht gespart hatte. Der Führer der Gruppe, Liebknecht, warb auch unablässig unter den Frontsoldaten, doch diese bekamen sich fast ausnahmslos zu der sozialen Republik unter Führung Eberts und zur raschesten Herbeiführung der Ordnung und des Friedens; sie waren auch für die verfassunggebende Versammlung.

Das war auch der Standpunkt der weit überwiegenden Mehrheit der deutschen Einzelregierungen. Unter dem Eindruck des bolschewistischen Treibens in Berlin wehrten sie sich einmütig gegen die Bevormundung durch die sozialistische Minderheitsgruppe und gaben dadurch auch der schwach werdenden Regierung Ebert wieder festen Halt. Die große Gefahr des Berliner Treibens spiegelte sich am deutlichsten in der Absicht einiger deutscher Republiken, sich vom Reiche loszulösen.

Dieser nur den Feinden nützliche Reichszersfall sollte vermieden werden durch eine Konferenz aller deutschen Bundesstaaten, die am 25. November in Berlin begann und vor allem die Frage der Reichsversammlung regeln sollte. Sie tagte im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais und wurde durch den Vorsitzenden, Volksbeauf-



Phot. Berl. Illustr.-Ges. m. b. H.
Admiral Sir David Beatty,
der als Bevollmächtigter der englischen Admiralität die abzuleifernde deutsche Kriegsflotte entgegennahm.



Phot. Berl. Illustr.-Ges. m. b. H.
Konteradmiral Meurer,
der im Auftrage des deutschen Flottenrates die Verhandlungen zur Übergabe der deutschen Kriegsflotte leitete.

Reichs. Nach ihm berichtete Staatssekretär Erzberger über die Waffenstillstandsverhandlungen. Der bayrische Ministerpräsident Eisner griff diese beiden Redner scharf an, verlangte ihren Austritt aus der Regierung und schlug die Einführung eines vorläufigen Präsidiums anstatt des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit den Verbandsmächten zu führen hätte. Im Verlauf der Konferenz zeigte sich, daß die Mehrzahl der Versammelten für eine Reichsversammlung, die bald zusammentreten sollte, sowie für das Fortbestehen der Reichseinheit war. —



Lord Robert Cecil,
der zurückgetretene englische Blockademinister.

fielen. Dennoch machte es den Eindruck, als ob die Macht der Bolschewisten vor dem Zusammenbruch stünde. In der Ukraine schien sich ihr Einfluß zu erhöhen. Dort wurde der Hetman Skoropadski gestürzt, wodurch bolschewistische Führer ans Ruder kamen. Doch das Verhängnis war auf dem Wege. Die Engländer nahen von der Küste des Schwarzen Meeres her. Die Sterbestunde des russischen Bolschewismus rückte näher und näher. —

In Ungarn wurde der Bolschewismus durch das Auftreten der Franzosen gebannt, deren Führer Franchet d'Espèrey sich mit aller Schärfe gegen Arbeiter- und Soldatenräte wandte. Unter Franchets Schutz konnten auch die Serben ihren Eroberungsgelüsten reichlich nachgeben. Im Osten drängten sich die Rumänen heran, und die tschechoslowakische Republik erhob Anspruch auf den ganzen nordwestlichen Teil Ungarns. Das ungarische Heer, soweit von ihm noch die Rede sein konnte, war kaum imstande, sich diesen Ansprüchen nachhaltig entgegenzusetzen. So mußte Ungarn seinen vorzeitigen Austritt aus der Monarchie noch sehr schmerzlich empfinden. —

Der Krieg der Völker Österreich-Ungarns untereinander nahm immer heftigere Formen an. Der Kampf

trugten Ebert, mit einer Rede eröffnet, in der er ausführte, daß die neue Regierung bei Übernahme der Macht vor einem Trümmerhaufen gestanden habe. Die nächsten Aufgaben seien Völkerfriede und Sicherung des Wirtschaftslebens. Die Rettung aus der Not wäre der Vorfriede, bis zu dessen Abschluß aber jeder Arbeiter und Soldat auf seinem Posten bleiben müsse. Die Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten solle der bald einzuberufenden Reichsversammlung vorbehalten bleiben; zunächst sei ein Provisorium zu schaffen. Dann schilderte Staatssekretär Solf die äußerste bedrohte Lage des

Gleichzeitig mit der Revolution in Deutschland zeigten sich in der Schweiz und in den Niederlanden ebenfalls Unwältigungsbestrebungen, die in Streifen zum Ausdruck kamen. Auch in Dänemark, Norwegen und Schweden traten bolschewistische Antriebe in die Erscheinung. Risten mit bolschewistischer Literatur, wie sie in Deutschland gefunden worden waren, trafen auch in Stockholm, Christiania und Kopenhagen in Massen ein. Hauptsächlich in Schweden mehrten sich daher die Stimmen, die ein Kesseltreiben gegen die Bolschewisten verlangten. —

Die Bolschewisten in Rußland hielten sich nur noch durch eine Sowjetherrschaft (siehe die Bilder Seite 350 und 351 sowie den Aufsatz auf Seite 347 und ff.) über Wasser, der viele Anschuldige zum Opfer